

## Nein zur Ausgaben und Schuldenbremse

Am 26. November stimmen wir unter anderem auch über die Ausgaben- und Schuldenbremse (ASB) des Kantons Aargau ab. Diese Vorlage bremst jedoch nicht die Schulden, sondern die Konjunktur, würgt wichtige laufende Investitionen ab, führt zu Leistungsabbau, zerstört Arbeitsplätze und greift einseitig nur auf der Ausgabenseite, statt die Einnahmen ausgewogen miteinzubeziehen. Auch für mich ist der Haushaltsausgleich auf längere Sicht das Ziel. Der Regierungsrat zeigt in seinem Finanzplan 2002 – 2006 denn auch auf, dass dieser Ausgleich auf Ende der Legislatur erreicht werden kann. Mit der ASB berauben wir uns jedoch der Handlungsfähigkeit, dem nötigen Spielraum und den Gestaltungsmöglichkeiten die es braucht, um auch auf Veränderungen zu reagieren. Zudem ist eine Schuldenbremse bereits aus ökonomischer Sicht gar nicht zwingend. Der Kanton Aargau weist im gesamtschweizerischen Vergleich einen sehr tiefen Wert aus. Einzig der Kanton Appenzell weist eine noch tiefere Verschuldung auf. Somit steht der Kanton Aargau an zweitletzter Stelle, was die Pro-Kopf-Verschuldung angeht. Die Schuldenbremse unterscheidet auch nicht zwischen Konsumausgaben und Investitionen. Da Investitionen längerfristigen Nutzen schaffen, dürfen diese auch nicht als Belastung für künftige Generationen taxiert werden. Auch wird es mit dieser ASB verunmöglicht, den höchst ungerechten und sachlich falschen Steuerrabatt und die Gewährung von Steuererleichterungen abzuschaffen und wenn nötig Steuern zu erhöhen. Besonders einschneidend ist die in der Schweiz einzigartige Forderung, dass alle aufgelaufenen bisherigen Defizite jährlich um 2% abgeschrieben werden müssen. Schon die so genannten regierungsrätlichen Entlastungsmassnahmen 2003 haben gezeigt, welche Konsequenzen eine solche Finanzpolitik hat. Sie führt zu grösseren Schulklassen, zum Abbau von Schulfächern, zu Stellenabbau, zu Abbau bei Umweltschutzmassnahmen, zum Verzicht auf Investitionen (z.B. im Gesundheitsbereich), zur Verschiebung von Kosten auf die Gemeinden und staatliche Leistungen werden vermehrt über Gebühren finanziert, was grundsätzlich unsozialer ist als steuerfinanzierte Leistungen der öffentlichen Hand. Dies alles kann und darf jedoch nicht im Interesse des Kantons Aargau sein, welcher dafür Verantwortlich ist, dass soziale und öffentliche Sicherheit, Bildung, Gesundheitswesen, Umweltschutz, Lebensqualität sowie eine guter Service Public für alle gewährt ist. Um all dies nicht zu gefährden, sage ich NEIN zur Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse im Kanton Aargau.

*Roland Agustoni*  
*Grossrat*  
*Magden*